



Ausgabe 8

**August
September
2017**

Dieser Newsletter des KAS-Länderprojekts informiert in regelmäßigen Abständen in deutscher Sprache über aktuelle Geschehnisse im Bereich Politik, Wirtschaft und Kultur in Chile.

IMPRESSUM:

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO CHILE**

Enrique Nercasseaux 2381

Casilla 16280

Providencia

Santiago de Chile

Chile

Tel. +56 22 234 20 89 oder

+56 22 233 57 33

Fax +56 22 234 22 10

www.kas.de/chile

I. ABTREIBUNGSGESETZ IN CHILE



"Mein Körper ist keine Demokratie: Hier bestimme ich" – Protest in Chile 2014
QUELLE: PERIÓDICO EL CIUDADANO

Chile hat seit 1990 die striktesten Auflagen, was den Schwangerschaftsabbruch angeht. Vor 1990 waren die sogenannten „therapeutischen“ Schwangerschaftsabbrüche noch legal danach wurden alle Eingriffe, die der Mutter oder dem Fötus schaden, streng bestraft.

Die Gesetzesreform für eine Entschärfung dieser Tatsache, welche vor mehr als zwei Jahren von der jetzigen Präsidentin Michelle Bachelet entworfen wurde, ist nun - nach langen internen Diskussionen und einer Verfassungsklage der Oppositionsparteien vor dem Verfassungsgericht - mit einem Stimmverhältnis von sechs zu vier als rechtmäßig anerkannt worden.

Der langwierige Prozess über zwei Jahre hatte den Gesetzesentwurf beinahe zum Scheitern gebracht. Mehrfach wurden Änderungen, die durch die Abgeordnetenratratifizierung werden sollten, abgewiesen, was jedes Mal den Entwurf an sich in Frage stellte. Insbesondere die Abtreibung bei Minderjährigen im Fall von Missbrauch führte oft zu Konflikten zwischen den Abgeordneten. Da die Verfassungsklage nun jedoch abgelehnt wurde, fehlt für den beschlossenen Gesetzesentwurf nur noch die Unterschrift der Präsidentin Michelle Bachelet. Das neue Gesetz

sieht die Abtreibung in drei Extremfällen vor: Vergewaltigung, Gefahr für das Leben der Mutter und die Nicht-Lebensfähigkeit des Fötus.

Kliniken sind hierbei jedoch nicht dazu verpflichtet, Abtreibungen durchzuführen.

II. ERNEUERBARE ENERGIEN - KONFERENZ IN VALDIVIA



Lateinamerika und die Karibikstaaten verfügen über große Potenziale erneuerbarer Energie. In nahezu allen Ländern dieser Region sind die Voraussetzungen zur Nutzung von Solar- und Windenergie gegeben. In einigen Ländern wie Costa Rica, Guatemala und Chile sind zudem aufgrund vulkanischer Aktivität hervorragende Voraussetzungen zur Nutzung geothermischer Energie vorhanden.

Bereits heute nutzen viele Länder der Region in großem Ausmaß Wasserkraft zur Erzeugung von Ökostrom. Allerdings handelt es sich dabei meist um Großanlagen, die auf der einen Seite zwar CO₂-arm Strom produzieren, auf der anderen Seite jedoch großen ökologischen Schaden anrichten. Schätzungen gehen davon aus, dass diese Länder ihren jährlich steigenden Energiehunger vollständig stillen könnten, wenn sie nur einen Bruchteil der Energiepotenziale nicht-hydraulischer erneuerbarer Energien nutzen würden.



Ausgabe 8

**August
September
2017**



Vom 5. bis 7. September veranstaltete das Regionalprogramm für Energiesicherheit und Klimawandel (EKLA) der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Austral de Chile eine Energiekonferenz in Valdivia. Ziel der Konferenz bestand darin, eine aktive Diskussion von politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern aus Lateinamerika, der Karibik und Deutschland zu ermöglichen. Nur so kann eine umsetzungsfähige politische Strategie für alternative Energiekonzepte entwickelt werden.

Die Konferenz mit dem Namen „GOOD GOVERNANCE FOR ENERGY TRANSITION“ findet bereits zum dritten Mal statt. Im Anschluss an die ihr vorausgegangenen Konferenzen der letzten Jahre ging es dieses Mal vor allem um die politischen Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien im Privatsektor in Lateinamerika und Deutschland gehen.

Mehr dazu auf:

<http://www.kas.de/chile/de/events/74245/>

III. PROJEKT RENTENREFORM



http://www.dw.com/image/19491289_304.jpg

Chiles Rentensystem ist seit der Militärdiktatur Augusto Pinochets ein Kapitaldeckungsverfahren. Das bedeutet, dass jeder Arbeitnehmer zwischen 10 und 13 Prozent seines monatlichen Bruttoeinkommens auf das Konto einer sogenannten AFP, span. Administradora de Fondos de Pensiones (Pensionsfond-Verwaltung) einzahlt.

Die Gesellschaft verwaltet die eingezahlten Beträge und nutzt diese zur Bildung von Fonds. Die privaten Betreiber der aktuell sieben Fonds tätigen mit dem Kapital Investitionen und sind dabei zu einem Mindestertrag verpflichtet. Erreicht dieser nicht das Ziel des Mindestertrags oder geht bankrott, muss der Staat die Verantwortung und Finanzierung des Fonds übernehmen und den möglichen Verlust durch Kapital decken. Da die AFPs mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes akkumuliert haben und die Rente dennoch oft unter dem Mindestlohn liegt, gingen in den letzten Monaten Tausende von Menschen unter dem Motto „NO+AFP“ (No más AFP= keine AFPs mehr) auf die Straße, um gegen das private Rentensystem zu demonstrieren. Besonders die vielfach bemängelten „kosmetischen Reformen“ mit geringen Änderungen führen zum Verdross gegenüber dem System.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile und der chilenische Think-Tank Espacio Público stellten in diesem Kontext einen Report vor, der die aktuell formulierten Reformvorschläge analysiert und Richtlinien definiert, anhand derer sich eine mögliche Reform ausrichten könnte. Vorschläge für eine Reform gibt es genug, da sich sowohl die Exekutive als auch mehrere Initiativen einen Reformvorschlag überlegt haben.

So werden zum Teil die Arbeitgeber aufgefordert, einen Teil der Abgaben zu bezahlen. Auch die Rolle des Staates soll wichtiger werden, sowohl in einer Kontrollfunktion, als auch in Form von Zahlungen in das Rentensystem. In einer Expertenrunde mit den Vertretern der Reformvorschläge wurden die selbigen diskutiert und bewertet. Wie lange die nötige Reform noch benötigt und welchen Umfang diese haben wird, ist ungewiss. Der einzige Punkt, in dem sich die Experten bisher einig sind, ist, dass eine Reform erforderlich ist.



Ausgabe 8

**August
September
2017**



Mehr dazu auf:

http://www.kas.de/wf/doc/kas_23404-1442-1-30.pdf?170821212735

IV. WAHLKAMPF IN CHILE

ELECCIONES ★ 2017 ★ C H I L E

<http://www.elecciones2017chile.cl/wp-content/uploads/2017/01/cropped-logo-elecciones2017chile-normal.png>

Am 19. November wird in Chile ein neues Staatsoberhaupt gewählt. Insgesamt stehen vier Präsidentschaftskandidaten zur Auswahl.

Der Kandidat des rechts-konservativen Parteienbündnisses „Chile Vamos“ ist der Milliardär und Ex-Präsident Sebastián Piñera, welcher nach aktuellen Umfragen 43% der Wählerstimmen hält. Kandidat des links-liberalen Parteienbündnisses „Nueva Mayoría“ ist der Soziologe und Journalist Alejandro Guillier (19% prognostizierte Stimmen). Für das erst kürzlich gegründete links-grüne Bündnis „Frente Amplio“ tritt die Journalistin Beatrice Sánchez an, welche Umfragewerten zufolge auf 14% der Wählerstimmen kommt.

Diesen drei Kandidaten steht Carolina Goic als unabhängige Kandidatin der Christdemokratischen Partei „Partido Demócrata Cristiano“ (PDC) gegenüber und bildet somit eine Alternative zu den beiden Kandidaten der traditionellen Parteienblöcke. Bis dato kommt Goic auf 5% der Wählerstimmen.

Von 2006 bis 2014 war Goic Mitglied des chilenischen Parlaments. Während dieser Zeit engagierte sie sich in zahlreichen interparlamentarischen Ausschüssen. Carolina Goic war die erste Frau, welche die Region Magallanes und Antártica im chilenischen Parla-

ment als Abgeordnete vertrat. Seit 2014 repräsentiert sie dieselbe Region als Senatorin. Nun hegt sie Ambitionen, als Präsidentin der Republik Chile die Repräsentantin aller Chilenen und Chileninnen zu werden.

Ihre Wahlkampagne um dieses Ziel zu erreichen läuft unter dem Slogan „Patria resiliente“ (wohnliche Heimat). In Ihrem Wahlprogramm verspricht sie unter anderem eine Reform des veralteten öffentlichen Gesundheitssystems sowie mehr Sicherheit.

Kern der von ihr postulierten Gesundheitsreform ist die Schaffung einer „Agentur für Gesundheitsinfrastruktur“, welche dem Ministerium für öffentliche Angelegenheiten unterstellt werden soll. Des Weiteren strebt sie die Verabschiedung eines Krebsvorsorgeprogramms an, das über die Ursachen und Präventionsmöglichkeiten von Krebs aufklären soll.

Ihr Versprechen für mehr Sicherheit will sie durch die Schaffung eines Ministeriums für Öffentliche Sicherheit sowie eine Stärkung der Strafverfolgungsbehörden einlösen. Letzteres will sie vor allem durch mehr Personal erreichen – 6000 Carabineros (Polizeibeamte) und 1200 PDI-Beamte (Spezialkräfte) zusätzlich.

Verbesserung der Qualität des Katastrophenschutzes, höhere Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses, Korruptionsbekämpfung, Dezentralisierung und Schutz von Frauen vor Gewalt sind weitere zentrale Anliegen ihres Wahlprogramms.

Details hierzu finden Sie auf der Homepage der Kandidatin Carolina Goic: www.carolinagoic.cl

